Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Ollenhauer, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4292-4296

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 61, Zeitungsstraße 9
Drahtanschrift: Sozialdienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Berlin, den 3. September 1932.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Die von gestern.

Stahlhelmrummel in Berlin.

SPD. Am Sonnabend und Sonntag war Stahlhelmrummel in Berlin. Da sie von gestern sind, nur im Vergangenen denken und nur in der Vergangenheit eine Zukunft sehen können, deshalb hatte es diesmal den Seldte, Hugenberg und Duesterberg Sankt Sedan angetan. Mit den Schatten der Vergangenheit und vergilbtem Lorbeer behangen, liessen sie ihre Kolonnen in die Reichshauptstadt marschieren. Es war, als hätten sich alle Wachsfiguren eines militärischen Panoptikums ein Stelldichein gegeben.

Schwarz-weiss-rot war nach der Hugenbergpresse am Sonnabend und Sonntag in Berlin Trumpf! Die Wahrheit gebietet jedoch zu sagen, dass wohl selten die Bevölkerung der Viermillionenstadt so kalt und teilnahmslos gegenüber ihren Gästen gewesen ist als bei diesem Stahlhelmrummel. Wer hätte es auch anders erwartet von diesem roten Berlin? Wo eine schwarzweissrote Fahne zu entdecken war, da schien es, als wollte sie nur bestätigen, wie meilenfern dieses Berlin der Arbeit und der Not von jenen Museumsfiguren entfernt ist, die am Sonnabend und Sonntag deutsches Leben und deutsche Gegenwart markieren wollten.

Es hat zweifellos keine Mottenkiste und keine Maskenverleihanstalt gegeben, die nicht zu diesem Sedanstag ihre Schränke hätte öffnen müssen. Mit Witz und bissigem Humor sah sich die Bevölkerung diesen Aufzug an. Die Kleinen wurden von den umliegenden Gutsdörfern auf Lastwagen herangeschleppt. Die Grossen flitzten in tausenden und abertausenden schöner gutgepolsterter Autos herbei. In den Sälen und Schulen schliefen die "Gemeinen" auf Stroh! Die Chargierten und Führer aielten sich in den Klubsesseln der Luxushotels. Die Wache für die Kleinen war der Schulpedell. Vor dem "Kaiserhof" hingegen, dem dichtbesetzten Hauptquartier, schoben Potsdamer Riesenkerle Tag und Nacht Wache, uniformiert wie die ehemaligen kaiserlichen Felddienstpolizisten mit glänzendem Brustschild und Würdenkette. Auf Stöcken humpelten uralte, hohe Pensionen verzehrende Mumien-generäle, die wie Reklame-Agenten eines Klempnerladens aussahen. Die Kleinen, denen höchstens ein wohlverdientes Eisernes Kreuz erster Klasse zu eigen war, sie waren mit Kinkerlitzen, Nummern, Totenköpfen, Schnallen, Abzeichen und Landesbändern geziert, als ob sie zur Truppe eines exotischen Königs Wumba gehörten.

So sind sie aufmarschiert und wer sich den Durchschnitt genau besah, der erkannte woher sie kamen, was sie wollen und wer sie sind! Es war der Aufmarsch des Besitzbürgertums. Es waren die Kommandeure und Truppen des Herrn von Papen und seines Herrenklubs. Jener bürgerliche Mischmasch, dem der Arbeiter gerade gut genug ist als zahlendes Publikum und braves Lasttier. Jene Bäckermeister und Metzgermeister, Vorsitzende von Krieger- und Gesangvereinen, Apotheker und Stammtischmitglieder, denen ein General und die "Wonnegans" höchstes Erschauern war und immer sein wird, und denen eine billige Reise nach Berlin und das jährlich einmalige Entrinnen aus der ehelichen Wagenburg tiefstes Erlebnis ist. Mit diesen Kleinbürgern waren die ehemaligen Offiziersstellvertreter gekommen, die Zahlmeister, Küchenmatadore, Feldwebels und alle, die einmal das hohe Glück hatten, meist hinter der Front und im Ersatz-Bataillon den Krieg verleben und

kommandieren zu können. Alle zusammen waren es, die in Berlin "Stahlhelm" markierten, deutsche Kraft, deutsche Zukunft und Männerstolz vor Selterswasserfabrikanten, Gutsbesitzern, Generälen und Königsthronen.

Wahrlich, es war kein Traum. Es war wie 1912. Sechzig Generäle, fast die gesamte kaiserliche Familie, zwölf ehemalige Fürsten und an ihrer Spitze, in der alten Husarenuniform, Kronprinz Wilhelm, Held von Charleville. Wie er einst im Reichstag einer Junkerrede gegen die Sozialdemokratie Beifall klatschte, wie er den Helden von Zabern ein Begrüssungstelegramm sandte, so hüpfte auch diesmal sein Herz und nickte sein Kopf zu jedem Wort des Herrn Seldte, der die allgemeine Dienstpflicht für das deutsche Volk als Stahlhelmziel proklamierte, der die Verfassung einen Fetzen Papier nannte und die ebenso "gesprengt" werden müsse wie der Vertrag von Versailles. Dass dieser Herr Seldte seine tiefe Reverenz vor Papen und dem Herrenklub machte, wie sollte das Werk nicht den Meister loben? Und wie sollte es sich diese selbe Reichsregierung versagt haben, zum grossen Parademarsch vom Sonntag nicht ihre Vertreter zu entsenden, um aller Welt kundzutun, wie einig sie sich sind und geeint in ihre Stämmen und Zielen: die Ritter von Ar und Halm und die Schlotbarone, die Herrenhäuser, die Herrenklubs und die Schlossbewohner, die Kriegsverdiener und die Kriegshetzer, die Scharfmacher, die Ausbeuter, die Feinde des Volkes und die Nutzniesser des Patriotismus.

Dennoch hat dieser Stahlhelmrummel auch ein Gutes gehabt. Er hat dem Volk wieder einmal die Augengeöffnet und ihm gezeigt, mit wem die Regierung Papen im Bunde ist und wer hinter ihr steht Sage mir, mit wem du umgehst und ich sage dir, wer du bist: Ein Haufen, der die Zeitgeschichte diktatorisch um 20 Jahre zurückrevidieren möchte. Das ist Stahlhelmgeist - das ist Herr von Papen

---

SPD. Köln, 3. Sept. (Eig.Drahtb.)

Ein blutiger Zusammenstoss in Oberwiehl hat jetzt seine Aufklärung in der Art gefunden, dassdie nationalsozialistischen Ankläger zu Angeklagten wurden.

In der Nacht zum 27. Juli kam es in Oberwiehl in dem nationalsozialistisch verseuchten Kreis Waldbröhl im Rheinland zu einem Zusammenstoss zwischen drei Anhängern der Eisernen Front, die Werbezeitungen verteilten, und drei SA-Leuten, die ihnen aufgelauert hatten. Ein SA-Mann wurde durch Stiche getötet, ein zweiter schwer verletzt. Seit dieser Zeit sassen die drei Mitglieder der Eisernen Front und ein Nationalsozialist in Haft. Natürlich hetzten die rheinischen Nazi-Blätter deshalb in ungeheuerlicher Weise gegen das Reichsbanner. Man forderte, dass die verhafteten Reichsbannerleute ohne Untersuchung an die Wand gestellt werden sollten. Mit der Leiche des getöteten SA-Mannes wurde die übliche Agitationsreklame getrieben, obwohl noch nicht geklärt war, wer den Mann getötet hatte, denn am Tatort wurde ein dolchartiges Messer des verhafteten SA-Mannes Schröder gefunden. Jetzt sind die Verhafteten aus der Haft entlassen worden.

In dem Haftprüfungstermin wurde festgestellt, dass der getötete SA-Mann Bitzer, als man ihn fand, in seiner Hand noch einen Gummiknüppel hatte. Ferner hat die Untersuchung ergeben, dass die SA-Leute den Reichsbannerleuten gefolgt waren und ihnen aufgelauert haben, dass die SA-Leute bewaffnet waren (Dolchmesser Schröders und Gummiknüppel Bitzers), dass die SA-Leute diese Waffen gebraucht haben, wodurch die Reichsbannerleute, wie vom Arzt festgestellt wurde, Schlagwunden an Kopf, Schultern, Brust und Armen erhielten, dass einer der Reichsbannerleute erst nachdem alle geschlagen und in Gefahr waren, wieder geschlagen zu werden, sein Taschenmesser, das einzige, was er zur Verteidigung hatte, zog und sich zur Wehr setzte.

Die Sache verlief also genau so wie jüngst in Eilendorf bei Aachen. Ein SA-Mann wird nachts getötet, beschuldigt werden Marxisten. Es stellt sich aber heraus, dass der SA-Mann von seinen Kameraden erstochen wurde.

SPD. Beuthen, 3. Sept. (Eig.Drahtb.)

Die zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigten Beuthener Mörder sind am Sonnabend in aller Frühe nach dem Zuchthaus Gross-Strehlitz in Oberschlesien geschafft worden. Die Tatsache des Abtransports und der Zeitpunkt waren geheimgehalten worden.

SPD. Die kommissarische Preussen-Regierung hat am Sonnabend das Gesetz über die angekündigte Verwaltungsreform veröffentlicht. Was gut an dieser Reform ist, stützt sich zum grossen Teil auf jahrelange Vorarbeit der Regierung Braun-Severing.

Das Gesetz bringt zunächst eine Entlastung der Oberpräsidenten insofern, als das Schwergewicht der allgemeinen Verwaltung in die Hand der Regierungspräsidenten gelegt wird. Die Oberpräsidenten werden von der Detailarbeit befreit. Sie sollen in Zukunft in erster Linie die Vertrauensleute und ständigen Beauftragten der Zentralregierung sein. Ihre Aufgabe ist, die Entwicklung der Provinzen in wirtschaftlicher, politischer, sozialer und kultureller Beziehung zu beaufsichtigen und für eine einheitliche Verwaltungsführung der staatlichen Verwaltungsorgane der Provinzen zu sorgen. Sie sind befugt, bei Gefahr im Verzuge einstweilige Anordnungen zu treffen. Ihre zweitinstanzliche Zuständigkeit fällt ebenso wie die der Provinzialräte fort. Dagegen bleibt das Polizei-Verordnungsrecht und die Leitung des höheren Schulwesens den Oberpräsidenten vorbehalten.

Die Reform sieht ferner eine Eingliederung der Sonderverwaltungen des Unterrichts und der Landeskultur in die allgemeine Verwaltung vor und zwar unter den Gesichtspunkten einer weitgehenden Ersparnis von Kräften und Arbeit. Die Provinzial-Schulkollegien, die bisher bereits den Oberpräsidenten unterstanden, aber praktisch eine eigene Verwaltung bildeten, werden aufgehoben. Ihre Geschäfte werden den Oberpräsidien angegliedert. Die Landeskulturämter werden ebenfalls aufgelöst. Ihre Aufgaben werden zum Teil den Regierungspräsidenten, den Bezirksausschüssen und den Oberverwaltungsgerichten übertragen. Aufgehoben werden ferner die Regierungsabteilungen bei den Regierungspräsidien für Kirchen- und Schulwesen, für direkte Steuern, Domänen und Forsten. Man glaubt auf diese Weise die Stellung der Regierungspräsidenten zu stärken, indem zugleich ihre persönliche Verantwortlichkeit stärker ausgeprägt wird.

In der Kreisinstanz werden die Kreisbehörden, die bisher mehr oder weniger lose nebeneinander bestanden, bei dem Landrat zusammengefasst. Der Landrat hat in Zukunft darüber zu wachen, dass die Geschäftsführung der übrigen staatlichen Kreisbehörden nicht mit den Interessen der allgemeinen Landesverwaltung in Widerspruch gerät. Die Vorsteher dieser Behörden wie Schulrat, Kreisarzt, Veterinärbeamte, Gewerbeaufsichtsbeamte und Kreiskassen haben sich mit dem Landrat "in ständiger Fühlung zu halten". Hält der Landrat eine Massnahme dieser Kreisbehörden mit den Interessen der allgemeinen Landesverwaltung nicht für vereinbar, so kann er die Entscheidung der Regierungspräsidenten anrufen. Bei Gefahr im Verzuge kann er auch einstweilige Anordnungen treffen. Eine Kreisbehörde kann mit dem Landrat zu einem Kreisamt beim Landratsamt vereinigt werden. In diesem Falle entscheiden der Landrat und der Leiter der Kreisbehörde gemeinsam. Schliesslich wird dem Landrat noch die Aufsicht über die Selbstverwaltung aller kreisangehörigen Städte unter 10 000 Einwohnern übertragen.

Die Reform-Verordnung trägt den Titel "Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung". Sie tritt teilweise bereits am 1. Oktober, insgesamt am 31. Oktober in Kraft. Sie stützt sich auf die Ermächtigung des Reichspräsidenten an die Länderregierungen zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 24. August 1931.

SPD. Karlsruhe, 3. Sept. (Eig.Drahtb.)

Im Reichsbahndirektionsbezirk Karlsruhe sollen 2800 Arbeiter abgebaut werden, obwohl in diesem Jahr bis zum 1. August bereits 730 Arbeiter entlassen worden sind. Die Eisenbahnarbeiter wie die Gesamtarbeiterschaft Badens erheben gegen diese Abbaupläne schärfsten Protest.

Diesem Protest hat sich jetzt auch die badische Staatsregierung angeschlossen. Ihr Finanzminister hat an die Reichsbahngesellschaft folgendes Telegramm gerichtet: "Beabsichtigte Entlassung von mehr als 2000 Reichsbahnarbeitern im Direktionsbezirk Karlsruhe für Arbeiterschaft, für ganze Wirtschaft und Grenzland Baden untragbar. Entlassung steht im schroffsten Widerspruch zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Erbitte dringend Widerruf der Massnahmen und Nachricht davon. Schriftliche Vorstellung unterwegs." Gleichlautend Telegramme sind an den Reichskanzler und an den Reichsverkehrsminister gesandt worden.

\+ + +

Was hier aus Baden gemeldet wird, trifft auf das ganze Reich zu. Die Reichsbahn will im Reich rund 52 000 Eisenbahnarbeiter, vor allem in der Bahnunterhaltung, entlassen. Der Abbau soll - damit kein Reichsteil zu kurz kommt - möglichst gleichmässig durchgeführt werden.

Da werden nun seit Tagen und Wochen von den Arbeitsbeschaffungsplänen der Reichsregierung und ihren Anstrengungen zur Wiederankurbelung der Wirtschaft grosse Töne geredet. Unterdessen aber schickt sich die Reichsbahn an, gleich 50 000 Arbeiter auf die Strasse zu werfen. Die Arbeitsbeschaffung der Reichsregierung ist zunächst nur ein Versprechen. Die Entlassungspläne der Reichsbahn aber sind genau wie die Abbaupläne der Reichspost eine sehr ernsthafte Gefahr.

Will die Reichsregierung ihre Arbeitsbeschaffung zum Gespött machen? Sie ist auf dem besten Wege dazu, wenn sie nicht sofort gegen die Entlassungspläne bei der Reichsbahn und Reichspost Front macht. Eine saubere Arbeitsbeschaffung, die mit Massenentlassungen beginnt!

SPD. Die preussische Verwaltungsreform ist an sich nichts eigentlich Originales. Die meisten der neu verkündeten Aenderungen der Verwaltungsreform sind Entwürfe der Regierung der Weimarer Koalition, nur dass diese durch das Fehlen einer ausreichenden Majorität im Parlament für diese grundlegenden Aenderungen niemals die erforderlichen Vollmachten bekommen hätte. Insbesondere die Obstruktion der Deutschen Volkspartei hat es verhindert, dass mit dem alten Landtag wirklich grundlegende Verwaltungsreformen in Angriff genommen werden konnten.

Aus dem Inhalt der in der jetzigen Form vorliegenden Verordnung interessiert insbesondere die veränderte Stellung des Oberpräsidenten. Der Oberpräsident wird in Zukunft nicht mehr eigentliche Verwaltungsbehörde sein, sondern zu seiner ursprünglichen und ersten Aufgabe zurückkehren. Er wird der politische Vertrauensmann und Statthalter der Zentralregierung in seiner Provinz sein. Diese Neuordnung zeigt, dass man sich nicht nur auf die kommende Reichsreform einstellt, für die die preussischen Provinzen mit ihrer Verwaltung das Rückgrat abgeben sollen, sondern man in der Zwischenzeit auch Wert darauf legt, nach dem alten preussischen Muster der ersten Königszeit die Provinzen politisch schärfer beaufsichtigen und kontrollieren zu können.

Was die Aufhebung der Kollegialverfassungen in den Provinzial-Schulkollegien und in den Regierungen selbst anlangt, so lässt sich dagegen kaum etwas sagen. Die Form der Kollegialbehörde ist zweifellos veraltet und jene Behörde wird am besten fahren, die einen Mann an der Spitze hat, der sowohl die nötige Verantwortungsfreudigkeit als auch die nötigen Vollmachten zum verantwortlichen Handeln besitzt. Insofern ist es für die Verwaltung in den Provinzen kein Nachteil, wenn jetzt allein in die Hand des Regierungspräsidenten die Vollmach

ten gelegt werden, die früher in den meisten Fällen einem Kollegium zustanden. Beachtlich erscheinen auch die erweiterten Vollmachten der Landräte, die nunmehr über die Landkreise hinaus bis in die kleinen Städte eingreifen können. Das ist eine Angelegenheit von erheblicher politischer Bedeutung, weil die gegenwärtige kommissarische preussische Regierung zweifellos dafür sorgen wird, dass die Landräte, wie in der alten königlichen Zeit, sich nur aus den Reihen der konservativ gerichteten bezw. deutschnationalen, bestenfalls volksparteilichen oder rechten Zentrumskreisen ergänzen. Insofern bedeutet diese Reform auch einen neuen Machtzuwachs auf kommunalem Gebiet für das gegenwärtige Regime der Deutschnationalen Partei.

Insgesamt gesehen ist die Reform als eine unausbleibliche und vorläufig unausweichbare Folge der gesamten politischen Umstellung zu betrachten, die der Arbeiterschaft wieder zum Bewusstsein ruft, wie sehr sie sich zusammenschliessen muss, um ihre Rechte gegenüber der ausserordentlich erstarkten deutschnationalen Verwaltungsreaktion zu wahren.

SPD. Rostock, 3. Sept. (Eig. Drahtb.)

Unter den in der mecklenburgischen Ortschaft Gross-Stove beschäftigten Rostocker SA-Leuten ist eine Meuterei ausgebrochen. Viele SA-Leute wollen die Politik der nationalsozialistischen Reichsleitung nicht mehr verstehen. Gegen den SA-Führer Pieplow und mehrere SA-Leute ist deshalb ein Ausschlussverfahren eingeleitet worden.

SPD. Das Sondergericht in Altona hat seine ersten Urteile gefällt. Angeklagt waren acht an den Strassenkämpfen vom 17. Juli beteiligte Nazis. Sie waren schwerbewaffnet von Husum gekommen. Nach ihrer Verhaftung wurden ihnen von der Polizei 25 Revolver und viele Hieb- und Stichwaffen abgenommen. Das Sondergericht sprach einen der Angeklagten frei. Die sieben anderen SA-Leute erhielten Gefängnisstrafen von vier bis fünf Monaten.

Das gleiche Gericht verurteilte drei Kommunisten wegen Waffenbesitz zu 3 bis 6 Monaten Gefängnis.

In Hagen wurden vier Kommunisten wegen Totschlagsversuchs vom Sondergericht zu je zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. In Liegnitz erhielt der angebliche Russe Baranow, der zwei SA-Leute angeschossen hatte, acht Jahre Zuchthaus und acht Jahre Ehrverlust.

SPD. Paris, 3. Sept. (Eig.Drahtb.)

Das französische Kabinett befasste sich am Sonnabend mit dem deutschen Memorandum über die militärische Gleichberechtigung. Halbamtlich wird dazu mitgeteilt, dass über die Beurteilung des Memorandums innerhalb der französischen Regierung völlige Uebereinstimmung herrsche. Die deutschen Aufzeichnungen würden nunmehr mit allen Regierungen geprüft werden, die sich dem Lausanner Vertrauensabkommen angeschlossen hätten.

SPD. Das Reichskabinett hat die grosse wirtschaftliche Notverordnung verabschiedet. Sie ist am Sonnabend abend durch Kurier an den Reichspräsidenten nach Neudeck zur Genehmigung und Unterschrift gesandt worden.

SPD. Wien, 3.Sept. (Eig.Drahtb.)

Der grosse Kriegsopferkongress in Wien ist am Sonnabend abgeschlossen worden. Vormittags fand die Schlussitzung des Plenums statt, in der die Neuwahl des Vorstandes durchgeführt wurde. Zum künftigen Präsidenten der Ciamac wurde der österreichische sozialdemokratische Bundesrat Max Brandeiss gewählt, Vizepräsidenten wurden Morel-Frankreich, Pfändner-Deutschland und Kargoszka-Polen. Hierauf wurden die Entschliessungen einstimmig angenommen. Die wichtigste Entschliessung ist die Friedensresolution, in der es heisst:

"Der gegenwärtige Stand der Rüstungen würde der Welt bei einem Krieg in einen Zustand anarchistischer Barbarei zurückwerfen. Es ist eine gefährliche Illusion, den Krieg durch das Verbot einzelner Waffengattungen verhindern zu wollen. Der Krieg als solcher muss unmöglich gemacht werden. Das Ziel aller Arbeit ist die Abschaffung der nationalen Rüstungen. Nur eine allgemeine Vereinigung aller Völker im Sinne Briands wird es möglich machen, alle jenen Probleme in ihrer Gesamtheit zu lösen. Gestützt auf vier Millionen Mitglieder richtet der Verband der Kriegsopfer an die Menschen aller Länder den Appell, sich gegen kriegerische Bestrebungen aufzulehnen."

Das Schlusswort hielt der sozialdemokratische Abgeordnete des deutschen Reichstags Rossmann. Er führte u.a. aus: "Wir, die wir mit unserm Leben und unserer Gesundheit den Massenmord gebüsst haben, haben keine gewaltigere Aufgabe als die, die Völker vor der Wiederholung dieses Schreckens zu warnen. Ich stelle hier als Deutscher ausdrücklich fest, dass die französische Delegation mit uns vollkommen einig darüber ist, dass die internationalen Verträge, die nach dem Kriege geschlossen worden sind, eine eindeutige Rechtsverpflichtung zur allgemeinen Abrüstung aller Staaten bedeuten. Die Abrüstung wird aber nicht vollkommen sein, solange private Terrorheere eine ständige Bedrohung des inneren Friedens bedeuten. (Lebhafter Beifall) Die grosse Leistung der Sicherung des Friedens kann nur von freien Völkern vollbracht werden, die nicht von Diktatur und Faschismus geknechtet sind. Wir Republikaner, wir Sozialisten in Deutschland haben jetzt einen wahrhaft historischen Kampf für diese Freiheit zu führen. Mit der Freiheit des deutschen Volkes ist die Freiheit der Völker Europas verbunden. Lügenhafte Ruhmredner des Krieges treten bei uns in Deutschland auf und verkünden seit 14 Jahren, Not und Elend, das sei das Werk der Republik und der Demokratie. Womit diese Leute, die verbergen wollen, dass alles Elend der Krieg heraufbeschworen hat, rechnen, das sagt Hitler in seinem Buch "Mein Kampf", in dem es heisst: die Aufnahmefähigkeit der Massen ist klein. Ihre Vergesslichkeit ist gross. Auf diese Vergesslichkeit spekuliert die Reaktion und der Faschismus. Diese Vergesslichkeit müssen wir bekämpfen. Die faschistische Reaktion hat wieder schamlos ihr Haupt in Europa erhoben, aber seid versichert, die deutschen Republikaner werden dafür sorgen, dass das Rad der Geschichte nicht zurückgedreht werde. Zum Kampf für ihre Freiheit wird den deutschen Republikanern in keiner Stunde der Mut fehlen. Helfen sie uns auch in ihren Ländern bei diesem Kampf, indem sie dort Nationalismus und Reaktion aus Haupt schlagen. Dann ist mir um die Zukunft der Welt nicht bange." (Stürm.Beifall.)

Seinen Abschluss fand der Kongress mit einer Kundgebung, die nachmittags im Wiener Zentralfriedhof vor dem Heldengrab und dem "Niewieder=Krieg"=Denkmal stattfand. Dort wurde ein Kranz mit den Farben aller am Krieg beteiligten Nationen niedergelegt.

SPD. Rostock, 3.Sept.(Eig.Drahtb.)

Die Praxis der nationalsozialistischen Kommunalpolitik besteht in Mecklenburg-Schwerin nur noch darin, Städte und Gemeinden zum Konkurs zu bringen. Der Landkreis Hagenow und die Stadt Ribnitz, beide mit einem nationalsozialistischen Oberhaupt, haben dieses frevelhafte Spiel begonnen, und erwarten jetzt den Gerichtsvollzieher.

Die Gründe für dieses Vorgehen der Nationalsozialisten gab der nationalsozialistische Stadtverordnete von Wolff in der Wismarer Stadtverordnetenversammlung. Er erklärte, der Stadtrat von Wismar solle mit der Hitler-Regierung von Mecklenburg-Schwerin Fühlung nehmen wegen der Anmeldung des Konkurses der Stadt Wismar. Er glaube bestimmt, die Regierung werde die Stadt stützen. Diese Aeusserungen sind umso auffälliger, als in Mecklenburg bisher lediglich nationalsozialistische Bürgermeister und Amtshauptleute die Konkursanmeldung zum Prinzip der Kommunalpolitik erhoben haben.

SPD. Die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat zu der Verurteilung des Berliner Reichsbannermannes Rothe, der am Freitag in den Hungerstreik getreten ist, mit nachstehendem Telegramm an den Reichskanzler von Papen Stellung genommen:

"Der vom ersten Berliner Sondergericht unschuldig zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilte Reichsbannermann Rothe ist zum Protest gegen das Fehlurteil in den Hungerstreik getreten. Wir erwarten dringend Ihr Eingreifen. Dem Unschuldigen muss sofort sein Recht werden. Auch im Falle Ohlau fordern wir beschleunigte Wiederherstellung verletzten Rechts. Die Potempa-Mörder wurden begnadigt, weil sie die Notverordnung über Sondergerichte und Sonderstrafen nicht kennen konnten. Die Verurteilten von Ohlau aber wurden vor ein Sondergericht gestellt und unter der Atmosphäre der Terror-Notverordnung verurteilt, obwohl die Ohlauer Vorgänge wochenlang vor der Einsetzung von Sondergerichten sich ereigneten und damals die harten Strafen der Notverordnung nicht galten."

Schluss des politischen Teils - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Panoptikum der Zeit.

SPD. Der Erdkratzer.

In dem amerikanischen Luxusbad Palm Beach hat man eine neue Attraktion ausgeheckt, um den von der Krise dezimierten Millionären zu imponieren: ein Hotel wird gebaut, das fünfzehn Stockwerke - tief sein soll! Es erhebt sich nicht stolz in die Luft, sondern verkriecht sich in den Schoss der Erde. Man hat diese etwas kostspielige Bauweise gewählt, um den Gästen hundertprozentigen Schutz vor den Tornados zu gewährleisten, die in Florida besonders häufig auftreten.

Der Bettler von Säckingen.

Ein Bettler, dessen Papiere nicht in Ordnung waren, wurde in Säckingen von der Polizei sistiert. Beim Verhör suchte er ängstlich ein kleines Heft vor den Augen des Polizeigewaltigen zu verbergen. Man nahm es ihm ab - es war ein Sparkassenbuch der Hamburger Sparkasse, das den beachtlichen Betrag von 4.ooo Mark als Guthaben anzeigte. Auf die Frage, warum der Besitzer dieses kleinen Vermögens den Beruf eines Bettlers ergriffen habe, verweigerte der Mann hartnäckig die Antwort...

Der Kuckuck auf dem Heu.

In Pfronten (Schwaben) sollte ein armer Bauer gepfändet werden. Der Gerichtsvollzieher konnte im ganzen Haus nichts Pfändbares entdecken. Kurz entschlossen zog er Rock und Weste aus und begann, auf der Wiese hinter dem Haus das Gras zu mähen. Dann häufte er es auf, steckte einen Pfahl mit einem Zettel "Gras gepfändet" hinein, klebte seinen Kuckuck darauf und empfahl sich.

Auf in den Kampf, Torera!

Mangels anderer Interessen übte eine junge vornehme Spanierin aus Alicante auf dem väterlichen Gut heimlich die Kunst des Stierkampfes. Vor kurzem debütierte sie öffentlich als erster weiblicher Torero, und es gelang ihr wirklich, den Stier zur Strecke zu bringen. Aber das Publikum blieb stumm, keine Hand regte sich zum Beifall - im Gegenteil, man bedeutete dem jungen Mädchen recht deutlich, sie habe in ddr Arena nichts zu suchen. Die Bedauernswerte wird sich nun einen weiblicheren Sport aussuchen müssen.

Sorgen haben die Leute.

Mr. Smith in Chicago, seines Zeichens Millionär, gab kürzlich ein Abendessen unter dem Motto "Schwarzweiss". Die Herren erschienen in weissen Westen mit weissen Krawatten, die Damen in Schwarz, die auftretenden Künstler ganz in Weiss, die Cocktails waren ebenfalls weiss, die herumstehenden Blumen schwarz. Als die Gäste nach Schluss dieses gemütlichen Abends nach Hause gingen, waren sie allerdings nicht mehr schwarz und weiss, sondern blau.

Nicht einmal geschenkt.

Zeichen der Zeit: in der Rheinpfalz erklärte sich der Besitzer eines grossen Weingutes bereit, seine gesamten Weinberge kostenlos zu verpachten, wenn der Pächter sich verpflichtet, sie instand zu halten. In Norderney ist ein Haus zu verschenken, wenn der Beschenkte die mit 100.ooo Mark versicherte Pensionseinrichtung, für 200 Personen komplett, zum Preis von nur 20.ooo Mark kauft. Das Haus hat einen Wert von 110.ooo Mark und ist unbelastet. In beiden Fällen hat sich noch kein ernsthafter Interessent gefunden...

Verband der Blutspender e.V.

Die Professionals unter den Warschauer Blutspendern,die sich den dortigen Krankenhäusern zu Transfusionen zur Verfügung stellen,haben sich zu einer Berufsorganisation zusammengeschlossen und vereinbart, Blut nicht mehr unter 90 Mark abzugeben. Veranlassung zu dieser Aktion ist das überhandnehmende Auftreten von "Amateuren",die schon für den Spottpreis von 25 Mark jede gewünschte Menge des kostbaren Saftes liefern und dadurch die Berufsblutspender in ihrer harten Existenz bedrohen.

Geschichte dieser Zeit.

In Zweibrücken erfuhr ein junger Arbeitsloser,dass seine Unterstützung infolge der letzten Papen=Notverordnung auf neun Mark heruntergesetzt worden sei. Er rannte in den Wald,irrte stundenlang umher und führte wirre Reden. Als man ihn in völliger Erschöpfung auffand, musste der Arzt feststellen, dass ddr Unglückliche den Verstand verloren hatte. Er wurde in eine Irrenanstalt gebracht.

Ende mit Schrecken.

In Wien musste kürzlich eine Tageszeitung ihr Erscheinen einstellen, weil dem Verleger das Geld ausgegangen war. Monatelang waren die Gehälter und Löhne schon im Rückstand,die Gläubiger drängten und der Gerichtsvollzieher sagte täglich "Auf Wiedersehen". Als endlich der Beschluss gefasst worden war, die Zeitung verschwinden zu lassen, fiel dem Chefredakteur ein, dass der Fortsetzungsroman gerade an seinem Höhepunkt angelangt war und die armen Leser nie mehr erfahren würden,wie die interessanten Geschehnisse endigten. Der Feuilletonredakteur erhielt daher den Auftrag,den Roman in einer einzigen Fortsetzung abzuschliessen. Er entledigte sich seiner Aufgabe mit einem Satz: "Hierauf traten alle Personen,die in diesem Roman vorkommen, in die Dienste unseres Verlages ein,worauf sie baldigst eines elenden Hungertodes starben...."

\+ \+ \+

Hauptmann=Ausstellung. Der Reigen der Feierlichkeiten zu Ehren des im November 70 Jahre alt werdenden Dichters Gerhart Hauptmann wurde in Breslau mit der Einweihung einer grossen Hauptmann-Ausstellung eröffnet. Oberbürgermeister Dr. Wagner begrüsste den Dichter,der seinerseits mit herzlichen Worten dankte. Gerhart Hauptmann meinte: "Wenn ich auch heute nicht das Gefühl habe, mehr gefunden zu haben und zu besitzen, als ich in meiner Jugend besass und von einer grösseren Nähe des Ideals nicht reden kann, so ist doch gewiss,dass ich den Hunger und Durst danach noch in mir trage,ein Umstand, der mich genügen muss. Leben summiert sich ja eigentlich nicht,deshalb bin ich wohl nur in meinem Augenblicksbewusstsein reicher geworden. Es ist das Interesse für sich selbst in jedem, der diesem hier gegenständlich gemachten Lebensgang Interesse entgegenbringt."

Die vom Schlesischen Museum für Kunstgewerbe und Altertümer unter dem Protektorat der Stadt Breslau sorgsam zusammengetragene Gerhart Hauptmann=Sammlung ist aber nicht nur bemüht das Werden und Wachsen des Dichters in seiner schlesischen Heimat,sondern auch sein Wirken über diese Grenze hinaus zu verdeutlichen. Ausführlich wird der soziale Hintergrund dargestellt,der den Dichter der "Weber" anregte und bildete. Besonderes Interesse findet auch eine Darstellung der religiösen Bewegungen in Schlesien,deren Geschichte den Verfasser des "Emanuel Quint" beeindruckt haben mag. Eine Theater=Abteilung "Hauptmann auf der Bühne" bringt in vielen Bildern und Dokumenten aus dem Theaterleben des früher aus künstlerisch-ästhetischen oder politischen Gründen umkämpften Hauptmann ein Stück wichtiger Kulturgeschichte des Vorkriegsdeutschland. - Am Sonnabend=Abend brachte das Breslauer Thalia=Theater eine Festaufführung von "Und Pippa tanzt" heraus. Die Bühne selbst soll von nun an "Gerhart Hauptmann=Theater" heissen.

\+ \+ \+

Neue Himalaja=Expedition. Die Meldung von der Umkehr der deutsch=amerikanischen Nanga Parbat=Expedition wurde in englischen wissenschaftlichen Kreisen mit allgemeinen Bedauern aufgenommen. Das Britische Mount Everest=Komitee gibt indes bekannt, dass bereits im nächsten Jahre unter Leitung von Admiral Goodenough und Generalmajor Bruce ein neuer grosser Versuch der Bezwingung des Himalaja=Gebirges unternommen werden soll. Man hofft sich die Erfahrungen der letzten drei deutschen Himalaja=Expeditionen zunutze machen zu können.

\+ + +

"Felseneck" aufgeflogen! Der Berliner Felsenecke=Prozess ist am Sonnabend aufgeflogen. Der Vorsitzende hat sein Amt niedergelegt. Er erklärte, dass der Beschluss des Kammergerichts für ihn untragbar sei. Das Kammergericht hat den Verhandlungsausschluss des kommunistischen Verteidigers Dr.Litten für unzulässig erklärt. Der Vorsitzende hatte diesen Ausschluss vorgenommen,weil Dr.Litten sein Amt nach gerichtlicher Meinung zu politischer Propaganda missbraucht haben soll.

Der Felsenecke=Prozess, in dem sich sowohl kommunistische als auch nationalsozialistische Angeklagte zu verantworten haben,dauert bereits vier Monate. Vermutlich wird nunmehr die ganze Materie noch einmal von Anfang an behandelt werden müssen.

\+ + +

Heimkehr. Am Sonnabend Abend sind auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin die meisten deutschen Olympiakämpfer angekommen. Es wurde ihnen ein herzlicher Empfang bereitet.

\+ + +

Spinale Kinderlähmung. In Mecklenburg-Strelitz nimmt die spinale Kinderlähmung immer grösseren Umfang an. Die Epidemie ging vom Osten des Landes aus. Jetzt hat sich die mecklenburg-strelitzer Regierung genötigt gesehen, zahlreiche Volks= und höhere Schulen bis zum 13.September schliessen zu lassen. Die Herbstferien sollen später entsprechend gekürzt werden.

\+ + +

Um den Andrée=Fund. Die Besitzer und die Mannschaft des anlässlich des Andrée=Fundes berühmt gewordenen Polarschiffes "Bratvaag", die den erschütternden Fund der Reste der Andrée=Expedition machten und die sterblichen Ueberreste des Forschers und seiner Gefährten nach Tromsö brachten, beabsichtifen einen Prozess gegen den Andrée=Fond anzustrengen. Die Mannschaft verzichtete seinerzeit auf jede Vergütung, weil sie glaubte, dass mit dem Fund keinerlei Geschäfte gemacht werden würden. Nachdem aber durch den Verkauf des Andrée'schen Tagebuchs grosse Einnahmen erzielt wurden, hält die Bratvaag=Mannschaft sich nicht mehr an ihre frühere Entschliessung gebunden.

\+ + +

Gronau in Japan. Der deutsche Weltflieger Wolfgang von Gronau erreichte, von der amerikanischen Westküste aus, Nemuro auf Hokaiodo, der nördlichsten der vier grossen japanischen Inseln. Wolfgang von Gronau dürfte damit die grössten Schwierigkeiten seines Weltumfluges hinter sich haben.

\+ + +

Pagenmörder geisteskrank? Der Berliner Pagenmörder Rolf vom Busch, der bereits nach dem Moabiter Untersuchungsgefängnis überführt wurde,soll auf Antrag seines Rechtsbeistandes auf seinen Geisteszustand untersucht werden. Es wird darauf hingewiesen,dass in der Familie des Mörders wiederholt schwere Irrsinnsfälle vorgekommen seien; auch heisst es,dass die Tat selbst darauf schliessen lasse, dass sie in geistiger Umnachtung ausgeführt worden sei.

Wirtschaft Technik Handel

Technik in Leipzig.

SPD. Leipzig, 3.September 1932.

Das Geschäft auf der technischen Messe in Leipzig hat sich nach allem, was man hört, besser angelassen als das Geschäft auf der Mustermesse. Die Technik bot diesesmal wohl durchweg Bedarfsatikel für den Wohnungsbau, für den mittleren und kleineren Betrieb und für den Haushalt.

Die Baumesse hat Anregungen nur von den Siedlungsbauten erhalten. Sie zeigte Siedlungshäuser in einfacher und bewährter Holzbauweise. Die verschiedenen, für den Siedlungsbau in Frage kommenden Methoden sind weiter entwickelt worden. So ist ein sehr geschmackvolles Landhäuschen zu erwähnen, das mit hohem Giebel und Ziegeldach auch grösseren Ansprüchen gerecht werden dürfte. Ein zweiter Typ mit herabgezogenem Satteldach und niedrigen Räumen ist auf bescheidene Anforderungen eingestellt. An Baumaterialien standen Ziegel und Klinker, die in schönen Keramiken gezeigt wurden, zur Verfügung. Baustoffe und Bausteine sowie Gegenstände für Inneneinrichtungen waren ebenfalls zahlreich vertreten. Besonders zu erwähnen ist eine neue Treppenausführung, eine sogenannte Hohlsteintreppe, bei der Treppenstufen verwendet werden, die im Eisenbetongussverfahren hergestellt sind. Als Belag für diese Treppen können Quarzitplatten, Kunststein, Holz, Linoleum usw. verwendet werden. Ebenso dringt der Stahl immer weiter in den Kleinwohnungsbau ein und zwar mit Fenstern, Türen, Treppen, Gittern, Rosten, Brief= und Blumenkästen usw.

Auch die Elektrotechnik stand diesmal im Zeichen des Kleinmaterials. Man zeigte Apparate und Geräte für den allgemeinen Bedarf, so Hausanschlusskästen, gesicherte Hilfsschalter, Sterndreieckschalter und eisengekapseltes Schaltmaterial. Für die Reklamebeleuchtung hat man Spezialschalter entwickelt. Schalt= und Installationsmaterial, teilweise recht billig, war zahlreich ausgestellt. Vielfach fand man elektrische Lötkolben, die in Industrie, Gewerbe und Haushalt bereits stark verwendet werden. Die auf der Messe gezeigten Muster haben besonderen Wert auf eine einwandfreie Konstruktion der Heizelemente gelegt, die vor allem stossicher ausgeführt sein müssen. Bei den elektrischen Handlampen ist der Berührungsschutz weiter entwickelt. Die Wichtigkeit dieser Bestrebungen geht daraus hervor, dass diese Handlampen vielfach in gefährdeten Räumen, zum Beispiel in Garagen, Kellern, Werkstätten und Betriebsräumen zur Anwendung gelangen. An elektrischen Werkzeugen interessierten elektrische Handbohrmaschinen. Sie werden bei kleineren Vorleistungen von Universalmotoren angetrieben, sodass sie beliebig an Gleich= oder Wechselstrom angeschlossen werden können. Die Bohrmaschinen sind mit biegsamer Welle ausgerüstet, wodurch ein Arbeiten an sonst schwer zugänglichen Stellen möglich wird. Vielfach hat man ddn Elektromotor als Hängemotor ausgebildet. Er wird mit Laufrolle und Zugschalter über den Arbeitsplatz gehängt, sodass er den Arbeiter nicht behindert. Verbessert sind auch die elektrischen Gewindeschneider.

Dem Arbeitsraum gelten auch die Bestrebungen, moderne Beleuchtungskörper zu schaffen. Von den modernen Lichtträgern fordert man vor allem unbedingte Blendungsfreiheit. Dabei zeigt sich, dass man Wert darauf gelegt hat,

den modernen Beleuchtungskörper formschön zu entwickeln. Hier und da ist man zu Spezialausführungen übergegangen. Man scheidet scharf zwischen der Beleuchtung für den Büroraum und zwischen Werkstatt und Werkplatzleuchten. Die Nachfrage nach modernen Beleuchtungsartikeln war erfreulich gross.

Im elektrischen Hausgerät hat sich die Tendenz durchgesetzt, billige Staubsauger zu entwickeln. Neben dem geräuschlos laufenden Staubsauger sah man diesmal in Leipzig den billigen Elektrobesen und den billigen Handstaubsauger. Trotz kleinster Abmessung entwickeln sie eine durchaus genügende Saugkraft. Bei den Bohnermaschinen ist eine 4=Walzenmaschine hervorzuheben, die eine schnelle Bearbeitung grosser Flächen ermöglicht. Zu erwähnen ist weiter eine Bohner=Staubsaugerkombination. Die auf der Messe gezeigten Kochgeräte liessen im allgemeinen keine wesentlichen Verbesserungen erkennen. Soweit die Verwendung von Gas in Frage kommt, hat man die Forderung nach Sicherheit betont, was sich in der Entwicklung von Hähnen und Gaszuführungen zeigt.

An sanitären Einrichtungen zeigte die Messe verschiedene Badeeinrichtungen mit oder ohne Brausevorrichtung. Neu sind billige Wannen mit Gusseisenemaillierung. Die Einkleidung der Wannen mit Fliesen soll dadurch entbehrlich gemacht werden. Für den Fabrikbetrieb sind gussemaillierte Waschbrunnen bestimmt, die auf Raumersparnis eingestellt sind.

Zunächst als Zeichen der Zeit ist wohl eine Sonderschau zu erwähnen, die dem Gasschutz und dem Luftschutz gewidmet war. Die Gaskriegepidemie hat hier sozusagen eine industrielle Blüte getrieben. Man sah neben Alarmsirenen Vernebelungsgeräte, die lebenswichtige Anlagen usw. den Blicken der Kampfflieger entziehen sollen,weiter gassichere Anzüge, Handschuhe und Stiefel, sowie die mannigfaltigsten Konstruktionen von Gasmasken,ferner Abdichtungen von Schutzkellern, Entgiftungsgeräte usw.. Die Stahlindustrie hat im Rahmen der Luft= und Gasschutzbestfebungen ein Stahllamellenhaus konstruiert,das splitter= und einsturzfrei sein soll. Auch ist eine Stahltürpargel konstruiert, wodurch ein unbedingt gasdichter Abschluss gewährleistet wird. Man sieht, dass das in letzter Zeit reichlich ausgegebene Geld für den Luft= und Gasschutz immerhin einigen Spezialindustrien Anregungen zu Neukonstruktionen gegeben hat.

SPD. Der Deutsche Landgemeindetag, der am Sonnabend eine Sitzung in Königsberg abhielt, beschäftigte sich mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung und fasste eine Entschliessung, in der die Erfolgmöglichkeit des Programms stark angezweifelt wird.

"Nicht zu verkennen ist", so heisst es in der erwähnten Entschliessung, "dass die tatsächliche Einstellung einer grösseren Zahl von Arbeitslosen kaum als Folge der angekündigten Massnahmen zu erwarten ist„dass insofern also das erstrebte Ziel nicht erreicht wird. Abgesehen davon müssen die Landgemeinden schwerwiegende Bedenken gegen eine schematische Verwendung von weiteren 700 Millionen Reichsmark Steueranrechnungsscheinen erheben. Bei der bisher in Aussicht genommenen Art der Verteilung dieser 700 Millionen RM müssen weite Wirtschaftskreise benachteiligt werden, insbesondere die Betriebe, die aus sozialen Gründen und unter schweren eigenen Opfern eine möglichst grosse Zahl von Arbeitnehmern durchgehalten haben. Infolgedessen müssen die 700 Millionen RM nach Ansicht der deutschen Landgemeinden,wenn die Absicht einer Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erreicht werden soll,möglichst in Form direkter Aufträge verwendet werden, bei denen nachweisbar die Mittel in erster Linie für die Beschäftigung von Arbeitslosen verwendet werden. Bei Vergebung dieser Aufträge ist nach den volkswirtschaftlichen Richtlinien der Leitsätze der Landgemeinden zu verfahren."

SPD. Die Zeitschrift für Waren= und Kaufhäuser beschäftigt sich in einer Veröffentlichung mit den steigenden Rohstoffpreisen und kommt zu der Auffassung, dass "sich die Steigerung der Rohstoffpreise, zum Beispiel der Textilrohstoffe, angesichts der geräumten Läger auf den Vorstufen schneller als sonst bis zum Einzelhandel durchsetzt. Das "Nachhinken" der Belebung der Einzelhandelspreise gegenüber denen auf den vorgelagerten Stufen muss sich in der gegenwärtigen Situation verkürzen."

Damit kündigen die Waren= und Kaufhäuser, die sicherlich bei der oben angeführten Veröffentlichung eingehend befragt worden sind, Preissteigerungen an, die sich ja schon hier und da bei Garnen und Geweben in einem Ausmass bis zu 15 % vollzogen haben. Auch die einzelnen Warenhäuser haben bereits Preissteigerungen vorgenommen. In vielen Fällen müssen sie sehr beträchtlich sein. Uns wird z.B. mitgeteilt,dass eine bekannte Berliner Warenhausfirma den Preis eines Mädchenjumpers über Nacht um 1 Mark = 20 Prozent heraufgesetzt hat.

Eine hemmungslose Preispolitik - das sind allerliebste Aussichten für die Konjunkturbelebung! Die Zeitschrift für Waren= und Kaufhäuser ist der Meinung, "dass eine Steigerung der Einzelhandelspreise eine Reihe von Einkäufen der Konsumenten auslösen wird, die bislang in Erwartung auf weitere Preissenkung aufgeschoben worden sind". Man beurteilt aber bei den Waren= und Kaufhäusern die gegenwärtige Kaufkraftlage so weit richtig,dass man sich sagt, "der Umfang dieser Belebung dürfte angesichts der niedrigen Einkommen und der aufgezehrten Sparreserven keinesfalls hoch einzuschätzen sein."

Damit wird wohl der Nagel auf den Kopf getroffen. Die Warenhäuser berichten z.B., dass gegenwärtig selbst die Umsätze in den lebenswichtigsten Gütern, Nahrungsmittel usw. der Menge nach unaufhaltsam abwärts gerichtet sind. Die Umsätze der Waren= und Kaufhäuser lagen im Juli 1932 um rund 24 % unter Vorjahrshöhe. Während in anderen Jahren vom Juni zum Juli eine mehr oder minder starke saisonmässige Steigerung in den Gesamtumsätzen zu beobachten war,ist in diesem Jahr ein Rückgang eingetreten.

Das kann angesichts der Blutabzapfung, des fortwährenden Lohnabbaus nicht überraschen. Wie soll sich aber eine Konjunktur beleben,wenn fortwährend Käufer abgebaut werden? Gerade die Entwicklung bei den Warenhäusern hat gezeigt, dass die Flucht der Käufer zu niedrigeren Qualitäten begrenzt ist. Die Kaufkraft hat einen derart niedrigen Stand erreicht,dass jede weitere Blutabzapfung dazu führen muss, dass immer weitere Käuferschichten überhaupt nicht kaufen können. Wo man aber nicht kaufen kann, kann man nicht produzieren.

Hier liegt wohl derallerschwächste Punkt in dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der gegenwärtigen Reichsregierung. Dieses Programm lässt die elementarsten Voraussetzungen für eine Konjunkturbelebung unberücksichtigt, die Pflege der Kaufkraft. Man schätzt, dass das Papen=Programm für die deutsche Arbeiterschaft einen Lohnabbau von 12,5 % bedeutet. Ueberträgt man das auf den Warenhandel, so müssen die Abstürze im Einzelhandel während der kommenden Monate noch grösser sein als während der Sommermonate.

Wie soll sich angesichts dieser Situation die Wirtschaft beleben? Man kann nur hoffen,dass man das Unsinnige des Papenprogramms einsieht und von den selbstmörderischen Plänen einer weiteren Kaufkraftvernichtung Abstand nimmt.

SPD. An der Berliner Börse ist am Wochenschluss die Hausse verstärkt aufgelebt. Die Festigkeit an den Rentenmärkten hat sich gesteigert. Auch griff die Bewegung, diesmal von den Rentenmärkten, nach den Aktienmärkten über. Der Umsatz scheint grösser gewesen zu sein als an den Vortagen,da am Sonnabend

Publikum und Spekulation zusammen ins Geschäft gingen. Es war eben alles auf Hausse abgestimmt. Teilweise gab es Kurssprünge bei den Industriepapieren bis zu 3 % und bei den Rentenwerten bis zu 4 %.

Die Hintergründe der Hausse haben sich völlig gewandelt. Am Anfang der Woche kam der Hausseimpuls von den Ankündigungen des Reichskanzlers. Das Regierungsprogramm ist aber mit der Zeit völlig in den Hintergrund getreten. Günstig dürfte die Vermutung gewirkt haben, dass der Reichstag bei seinem neuen Zusammentritt ohne Abstimmung auseinander geht. Im übrigen beruht die Hausse auf wirtschaftlichen Ueberlegungen. Ausschlaggebend scheint die Preissteigerung an den Rohstoffmärkten zu sein. Mitgewirkt haben dürfte auch die Hoffnung auf eine Diskontsenkung bei der Reichsbank. Im übrigen wirkte die feste New Yorker Börse nach.

SPD. Nach dem amtlichen Saatenstandbericht für Ende August wird die Getreideernte weiterhin günstig beurteilt, obwohl teilweise durch Trockenschäden usw. eine Beeinträchtigung des Körnerertrags eingetreten ist. Bei Hackfrüchten und Wiesen scheint, besonders auf durchlässigen Böden, sich das trockene Wetter mehr bemerkbar gemacht zu haben, ohne dass man von nennenswerten Schäden sprechen kann.

Unter Zugrundelegung der Zahlennoten 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering ergibt sich im Reichsdurchschnitt folgende Begutachtung: Spätkartoffeln 2,6 (Vormonat 2,6), Zuckerrüben 2,6 (2,5), Runkelrüben 2,6 (2,5), Klee 2,8 (2,7), Luzerne 2,7 (2,6), Bewässerungswiesen 2,5 (2,4), andere Wiesen 2,8 (2,7).

Hausse geht weiter.

(Berliner Getreidebörse vom 3.September.)

SPD.An der Berliner Produktenbörse machte die Aufwärtsbewegung auch am Wochenschluss weitere Fortschritte. Bei kleinem Inlandsangebot war für Roggen eine gewisse Knappheit bemerkbar. Infolgedessen wurden am Promptmarkt für Roggen um etwa 2 Mark höhere Preise bezahlt. Die Nachfrage war insbesondere durch Mühlen lebhafter geworden.Auch Weizen konnte eine ähnliche Besserung durchsetzen. Am Markt der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte waren die Preise ebenfalls um etwa 2 Mark höher, lediglich die Dezembersichten folgten dieser Bewegung nicht ganz.

	2.9.	3.9.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	208 - 210	210 - 212
Roggen	160 - 162	162 - 164
Braugerste	175 - 186	175 - 186
Futter- und Industriegerste	162 - 169	163 - 170
Hafer	136 - 141	138 - 143
Weizenmehl	25,oo-3o,25	25,oo-3o,4o
Roggenmehl	21,8o-24,10	22,oo-24,25
Weizenkleie	9,7o-10,2o	9,7o-10,2o
Roggenkleie	8,25- 8,75	8,25- 8,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Sept. 225 (223), Okt. 225 (223). Dez. 226 (224½). Roggen Sept. 177½ (175½), Okt. 177 (175), Dez. 178 (176½), Hafer Sept. 147 (146), Okt. 147½ (145½), Dez. 149 (148½).

Gewerkschaftliche Rundschau

Die Front gehalten.

Der Gesamtverband in der Krise.

SPD. Der Gesamtverband hat mit seinem Jahrbuch 1931 seinen zweiten Jahresbericht vorgelegt. Er gibt eine eingehende und eindringliche Uebersicht über die Gewerkschaftsarbeit für mehr als 600 000 Mitglieder, über eine Arbeit, die fast alle materiellen und geistigen Lebensäusserungen der Arbeitnehmerschaft umfasst und durchdringt. Das Jahrbuch zeigt, unter welch unendlich schwierigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen Gewerkschaftsarbeit geleistet werden musste und welcher Anstrengungen es bedurfte, um die Errungenschaften der Arbeiter zu verteidigen. Gemessen an den geradezu unerhörten Schwierigkeiten, kann sich die Leistung des Gesamtverbandes sehr wohl sehen lassen.

Wohl ist im Berichtsjahr sowohl in privaten wie auch in öffentlichen Betrieben auf dem Gebiet der Lohn- und Sozialpolitik Terrain verloren worden, wohl haben Arbeitslosigkeit und Massenentlassungen auch in öffentlichen Betrieben die Mitgliederbewegung rückläufig beeinflusst - der Gesamtverband steht jedoch trotz aller Angriffe des Kapitals unerschüttert und gefestigt da. Die Front ist gehalten worden. Die Abwehrkämpfe der Gemeindearbeiter und Strassenbahner, der Reichs- und Staatsarbeiter, des Postpersonals, der Hafenarbeiter, der Binnenschiffer und Seeleute, der Verkehrs- und Handelsarbeiter im Jahre 1931 zeugen von der Widerstandskraft des Verbandes.

Die Mitgliederbewegung weist einen Rückgang um 8,2 Prozent auf - kein Wunder, angesichts der Sparmassnahmen auch in den öffentlichen Betrieben. Ende 1931 zählte die Organisation 618 312 - darunter 71 939 weibliche und 6 864 jugendliche - Mitglieder. Trotz der Schwere der Zeit hatte die Organisation fast 60 000 Neueintritte und Uebertritte zu verzeichnen. Die Gesamtauflage der drei Hauptorgane: Gewerkschaft, Beamtengewerkschaft, Hausangestelltenzeitung betrug am Jahresschluss 650 000. Der Bildungsarbeit wurde zentral und lokal grosse Beachtung geschenkt. An den 19 Kursen in der Bundesschule Bernau nahmen 760 Mitglieder teil. Der Schulung der Betriebsräte - in 6 142 Betrieben waren 17 513 Verbandsmitglieder als Betriebsräte und Betriebsobleute tätig - hat die Organisation grösste Beachtung geschenkt.

Die Einnahmen des Verbandes betrugen rund 25 320 000 Mark, die Ausgaben 28 230 000. Die Gesamtsumme der Unterstützungen bezifferte sich auf rund 12 Millionen. Die ab 1. Januar 1930 neu eingeführte Invalidenunterstützung erforderte rund 790 000 Mark.

Die Gesamtzahl der Lohnbewegungen betrug 2 252 in 608 Orten und 77 816 Betrieben mit 1 046 675 Beschäftigten. Von den Bewegungen waren 314 erfolgreich, 1 066 hatten teilweisen Erfolg, 872 waren erfolglos. Die vierte Notverordnung vom Dezember vergangenen Jahres, die in den genannten Zahlen nicht einbegriffen ist, erstreckte sich auf 1 907 Lohntarife und 131 Volltarife mit 1 003 000 Beschäftigten. Tarifverträge bestanden Ende des vergangenen Jahres 1 868 für 1 003 200 Beschäftigte; davon waren im Gesamtverband organisiert 587 455.

Für rund 31 000 Beamte (heute nach dem Anschluss der Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten sowie der Steuer- und Zollbeamten 41 000) gelten

die Bestimmungen der Beamtenbesoldung. Der Gesamtverband hat in den Abwehrkämpfen der Beamten gegen Gehaltskürzungen usw. Schulter an Schulter mit den übrigen Verbänden des ADB gestanden. Mit seinen beamteten Mitgliedern ist der Gesamtverband dem ADB, mit den Angestellten dem AfA-Bund angeschlossen. Die Vorgänge in der Beamtenbewegung werden im Jahrbuch eingehend besprochen. Ebenso behandelt es sehr gründlich die Arbeiten der einzelnen Reichsabteilungen und Reichsfachgruppen.

Einen anschaulichen Ueberblick gibt der Bericht über die Wirtschaftsvorgänge des Jahres 1931; er behandelt im besonderen die öffentliche Wirtschaft; er stellt ihre Krisenfestigkeit gegenüber der privaten Wirtschaft fest. Auch die Lage der deutschen Verkehrswirtschaft sowie die Massnahmen zur Reglementierung des gewerblichen Kraftgüterverkehrs werden beleuchtet.

Die Orientierung des Jahrbuchs über die internationalen Beziehungen des Gesamtverbandes bietet folgende interessante Tatsachen. Der Verband ist an vier internationalen Verbindungen der Arbeitnehmerschaft beteiligt: an der Internationalen Transportarbeiterföderation, die in 36 Ländern 2 415 7[illegible]8 Mitglieder zählt, an der Internationalen Föderation des Personals öffentlicher Betriebe in 16 Ländern mit 558 944 Mitgliedern, an der Internationale des Personals der Post-, Telegraphen- und Telefonbetriebe in 39 Ländern mit 432 ooo Mitgliedern, und durch die beamteten Mitglieder gehört der Gesamtverband der freigewerkschaftlichen Beamteninternationale an, die zur Zeit über 4oo ooo Mitglieder zählt.

Das Jahrbuch des Gesamtverbandes zeugt von einer ungeheuren Arbeit, von dem eisernen Willen der Funktionäre, die Organisation über die Schwierigkeiten der Zeit hinwegzubringen. Es erbringt den Beweis, dass trotz politischer und wirtschaftlicher Reaktion die Gewerkschaften in der Lage sind, sich mit Erfolg für die Erhaltung des Lebensstandards der deutschen Arbeitnehmerschaft einzusetzen.

SPD. Der "Bund der Artamanen", der neuerdings unter dem Namen "Nationalsozialistisch-freiwilliger Arbeitsdienst auf dem Lande" firmiert, ist nichts anderes als ein ganz gewöhnlicher Lohndrücker. Den Beweis dafür liefern mehrere Originallohntüten vom Artamanengut Alt-Libbehne in Pommern. Eine der Lohntüten besagt, dass der Artamane für 48 Stunden Arbeit nur 1,38 Mark verdient hat. In einem anderen Fall hat der Landarbeiter sogar noch 2 Pfennig dazulegen müssen, weil die Abzüge für die Artamanenschaft den Rest des Verdienstes aufgefressen haben. Diese Lohntüte sieht folgendermassen aus:

"Alt-Libbehne 28.Mai 1932

Lohn für
36 Stunden Ueberstunden RM 7.20

Abzüge:

Steuern	" -.--
Krankenversicherung	" 1,37
Invalidenversicherung	" -,60
	RM 5,23
Küchengeld	" 2.--
Scharbeitrag	" 2,50
Wehrschatz	" -,75
	RM -.00
	+ 0.02 "

In der "Artam-Richte" (Satzung) heisst es: "Artam bedeutet Erneuerung des Volkes, Richte zu neuem Lebenssinn und Lebenswerk." Wir mit solchen Bettelpfennigen die Arbeiter zu "neuem Lebenssinn und Lebenswerk" gelangen

sollen, ist das Geheimnis der Artamanen. Da die Artamanen wöchentlich als "Scharbeitrag" 2,50 Mark und als "Wehrschatz" 75 Pfennig an den Bund abzuführen haben, wird sich der "neue Lebenssinn" allem Anschein nach nur bei den Führern entfalten können.

SPD. Für die Beisitzer der Verwaltungs-, Spruch- und Fachausschüsse sowie des Vorstandes und Verwaltungsrates der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind die Sitzungsgelder herabgesetzt worden. Während die Beisitzer des Vorstandes und Verwaltungsrates bisher 10 Mark, die der Ausschüsse bisher 5 Mark Sitzungsentschädigung erhielten, sind diese Entschädigungen nunmehr allgemein auf 2 Mark gekürzt worden. Die Kürzung erfolgte auf Antrag der Arbeitgeber im Verwaltungsrat der Reichsanstalt. Die Arbeitnehmer waren gegen die Kürzung; denn sie bedeutet namentlich für die Beisitzer der Spruchausschüsse und für die Beisitzer, die in der Umgebung des Sitzungsortes wohnen, eine Härte und eine Erschwerung ihrer sachlichen Arbeit.

SPD. Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses hat an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem auf die durch die Kürzung der Renten verursachte ungeheure Verschärfung der Not hingewiesen und Abhilfe verlangt wird. "Vor allem in den Industriestädten", so heisst es in dem Schreiben, "haben die evangelischen Pfarrer im Norden und Süden des Reiches in ihrer selsorglichen Tätigkeit einen erschütternden Eindruck von der bis zur Unerträglichkeit gesteigerten Not der verschiedenen Gruppen der Rentenempfänger empfangen."

SPD-Die Arbeiter der Hütten der Kattowitzer Aktiengesellschaft, der Königs-, Bismarck- und Falva-Hütte, insgesamt 8 500 Mann, streiken. Auch auf der Myslowitz-Grube streiken über 1 000 Mann. Die Streikenden kommen zwar zur Werkstätte, arbeiten aber nicht. Sie fordern vor allem Zahlung des rückständigen Lohns.

SPD. In Borysław (Polen) streiken etwa 10 000 Naphta-Grubenarbeiter. Die Arbeitgeber fordern eine Lohnsenkung um 25 bis 30 Prozent. Die meisten Petroleumwerke befinden sich im Besitz französischer Kapitalisten.

SPD. In Lancashire ist im Weberstreik noch keine Annäherung der beiden Parteien zu beobachten. Ein Ermittlungsversuch dreier Parlamentsmitglieder von Lancashire ist gescheitert. Ein neuer Einigungsversuch ist jetzt vom Arbeitsministerium in Vorbereitung.

+

Der Streik der Textilarbeiter in Melbourne (Australien) ist beendet. Die beiden Parteien einigten sich auf die Hälfte der vorgeschlagenen Lohnkürzung.